

Gemeinsame Pressemitteilung des Bundesverbandes Musikunterricht und des Verbandes deutscher Musikschulen

Musik und musikalische Bildung brauchen starken gesellschaftspolitischen Rückhalt

Leipziger Erklärung des Bundesverbandes Musikunterricht und des Verbandes deutscher Musikschulen zur Stärkung musikpädagogischer Berufe

Leipzig/Bonn/Mainz, 16. Januar 2024. „Musik in ihrer Vielfalt muss eine den gesellschaftlichen Entwicklungen gegenüber angemessene Wertschätzung erfahren. Um die dafür notwendige musikalische Bildung zu sichern, sind die musikpädagogischen Berufe zu stärken!“ fordern der Bundesverband Musikunterricht (BMU) und der Verband deutscher Musikschulen (VdM) in ihrer Leipziger Erklärung vom 12. Januar 2024.

Beide Verbände weisen darin auf das große Problem des beruflichen Nachwuchs- und Fachkräftemangels für Musikunterricht in allgemeinbildenden Schulen und in Musikschulen hin. Dies drohe sich in den kommenden Jahren noch weiter zu verstärken. Zu befürchten seien dadurch massive Einbrüche der musikalischen Bildung bei Kindern und Jugendlichen. Das Fehlen musikpädagogischer Fachkräfte gefährde zudem auch musikalische Angebote im Rahmen des Ganztagsförderungsgesetzes ab Schuljahr 2026/27.

BMU und VdM befürchten aufgrund der mit den aktuellen Entwicklungen verbundenen gesellschaftlichen Kosten weitere drastische Einschnitte in den kommenden Jahren. Dadurch werde die musikalische Bildung von Kindern und Jugendlichen noch stärker gefährdet. Die Corona-Pandemie hat zu einem Rückgang des Instrumental- und Gesangsunterrichts und zum Teil zu existenzgefährdenden Einkommensverhältnissen im Musikbereich geführt. An den Musikhochschulen ist in den letzten Jahren eine immer weiter sinkende Zahl an Studienbewerbungen insbesondere in der Musikpädagogik zu beobachten. Unsichere Einkommensperspektiven verstärken diese Tendenz auch weiterhin.

BMU und VdM setzen sich für eine umfassende Bildung ein, zu der auch die musikalische Bildung gehört: „Musik und musikalische Bildung brauchen starken gesellschaftspolitischen Rückhalt. Ist dieser nicht vorhanden, werden zukünftig immer weniger junge Menschen Musik, insbesondere die Musikpädagogik, zu ihrem Beruf machen. Die gesellschaftliche Relevanz der musikalisch-kulturellen Bildung darf nicht nur behauptet, sie muss gelebt und politisch gestaltet werden!“, so die Forderung der beiden Verbände.

Pressekontakt:

Ansgar Menze
Bundesgeschäftsführer
Bundesverband Musikunterricht
Tel. 06131 / 23 40 49
bmu@bmu-musik.de

Claudia Wanner
Pressesprecherin
Verband deutscher Musikschulen
Tel. 0228 / 95706-21, 0171-7364487
presse@musikschulen.de